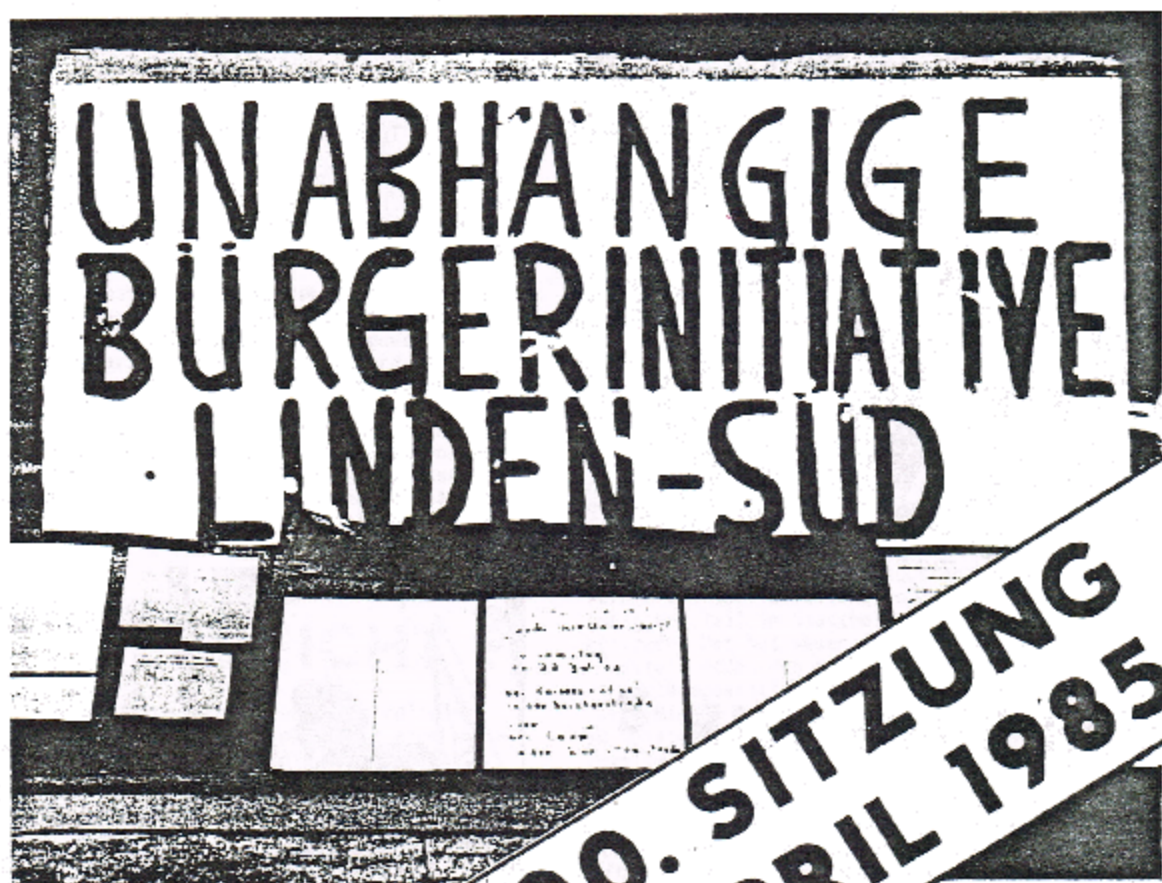


aus unseren anfängen: aushang im alten laden
in der ricklinger strasse 65, dem ersten ta-
gungsraum der bürgerinitiative



**500. SITZUNG
16. APRIL 1985**

Am 16. April 1985 findet die 500. Sitzung der Unabhängigen Bürgerinitiative Linden-Süd statt. Das sind fast 13 Jahre Initiativ-Arbeit. Damit sind wir eine der Bürgerinitiativen, die am längsten und kontinuierlichsten im Rahmen einer Stadtteilsanierung gearbeitet hat (vielleicht sogar die dauerhafteste Bürgerinitiative in der Bundesrepublik - aber das wissen wir natürlich nicht genau).

Die 500. Sitzung ist für uns Anlaß genug zum Feiern und zum Erinnern. Wir wollen uns selbst an unsere lange Geschichte erinnern; und wir wollen andere daran erinnern: alle, die einen Teil der Strecke mit uns gegangen sind, die mit uns gearbeitet haben; aber auch alle, mit denen wir uns über die Jahre hin gestritten haben, mit denen wir die ständige Auseinandersetzung um den richtigen Weg bei der Sanierung unseres Stadtteils geführt haben - mal mehr, mal weniger erfolgreich.

Wir wollen aber auch daran erinnern, daß wir unsere Arbeit als noch nicht abgeschlossen betrachten, daß wir noch unerreichte Ziele vor uns und noch Forderungen zu stellen haben.

WIE ARBEITEN WIR?

Als wir mit unserer Arbeit begannen, wußte niemand so recht, was bei einer Sanierung auf uns zukommen würde und wie wir in unserem Interesse vorgehen sollten. Gespräche mit den Bürgerinitiativen in anderen Sanierungsgebieten (Hameln und Osnabrück) haben uns nur in der Erkenntnis bestätigt, daß wir unseren eigenen Weg suchen mußten. Auf diesem Weg sind vielfältige Formen unserer Arbeit und Zusammenarbeit mit anderen entstanden:

- Von zentraler Bedeutung waren für uns immer die regelmäßigen Dienstsitzungen. Hier wurde ständig die Auseinandersetzung mit den anwesenden Vertretern der Verwaltung geführt; hier wurden unsere Positionen entwickelt und Entscheidungen gefällt.
- Zu manchen Sachfragen haben wir Arbeitsgruppen gebildet, die unsere Diskussionen und Meinungsbildung vorbereiten sollten (z.B. Verkehr und Umweltschutz/Wohnen/Handel, Dienstleistung und Gewerbe/Altenheime und Altenwohnungen/Altbaumodernisierungen).



WER SIND WIR?

Im Sommer 1972 wurde die Bürgerinitiative gegründet. Seither hat sie regelmäßig öffentlich im Stadtteil getagt - zunächst noch im alten Laden in der Ricklinger Straße 65, seit August 1976 im Bürgerhaus. Noch immer kommen wir dienstags zusammen; in den ersten 10 Jahren wöchentlich, seit 1983 14-tägig. Das waren durchschnittlich 40 Sitzungen pro Jahr - eine enorme Anforderung an alle, die dabei mitgemacht haben. Das war nicht leicht durchzuführen; und so ist denn heute auch nur noch eine Handvoll derer dabei, die in den ersten Jahren mit uns begonnen haben. Aber stets sind auch neue Mitglieder hinzugekommen; so hat sich die Bürgerinitiative laufend regeneriert und ist handlungsfähig gewesen, auch in kritischen Zeiten - und die hat es wahrlich gegeben.

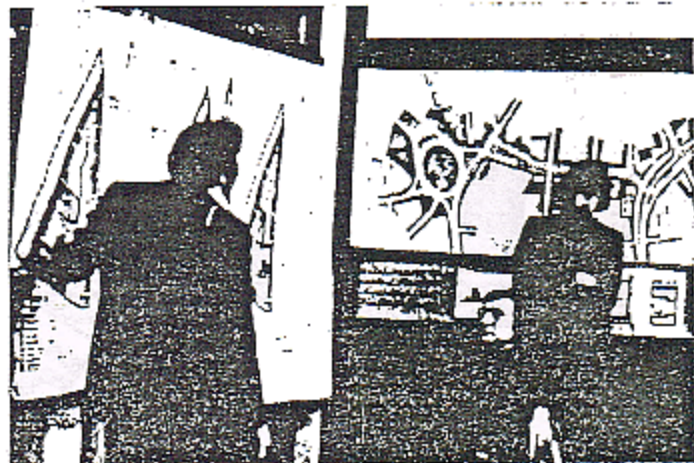
Anfangs fanden sich viele Stadtteilbewohner und andere, die an unserer Arbeit ein Interesse hatten, im Protest gegen die Planungsabsichten der Stadt zusammen - im Protest gegen eine Kahlschlagsanierung und eine Neubebauung im Maßstab des Immezzentrums, gegen ein drohendes Ausweichen der Wohnbevölkerung, gegen die stadtteilzerstörende Verbreiterung von Göttinger Straße und Allerweg.

Da gab es viele unterschiedliche Ziele und Vorstellungen, aber zwei Grundsätze für unsere Arbeit:

- erstens: Eine Sanierung unseres Stadtteils wollen wir, aber wir wollen sie nach unseren Vorstellungen. Nicht die Verhinderung von Maßnahmen ist unser Ziel, sondern die bessere, die bürgernahe Lösung.
- zweitens: Die Auseinandersetzung um die Sanierung wird in öffentlichen Sitzungen der Bürgerinitiative zwischen allen Beteiligten geführt. Jedes Interesse soll zu Wort kommen, aber es muß sich der Diskussion stellen.

Wir haben der Bürgerinitiative keine formelle Organisation gegeben, keinen Verein gegründet, keine Statuten aufgestellt und keine Vorsitzenden gewählt. Genau genommen besteht unsere Arbeit darin, daß wir mit unseren Sitzungen ein regelmäßiges öffentliches Forum organisieren, auf dem jeder reden und seine Meinung sagen kann. Jeder Stadtteilbewohner kann sich als Mitglied betrachten und hat bei Entscheidungen eine Stimme - wie auch jeder, der mindestens drei Monate bei uns mitgearbeitet hat.

Vielleicht besteht unser Erfolgsrezept ja gerade in der organisatorischen Offenheit, in der politischen Breite der Zusammensetzung und im ständigen Gespräch unterschiedlicher Gruppen miteinander.



- Von anderen Gruppen in Linden sind wir wegen unserer Arbeitsweise kritisiert worden; vor allem wegen unseres ständigen Gesprächs mit der Verwaltung und weil wir keine direkten Aktionen gemacht haben. Aber wenn es nötig war, haben wir gemeinsam mit anderen Gruppen gehandelt - z.B. mit der AkWo zusammen das Haus Kaplanstraße 21 besetzt.
- Als das Gespräch mit der Verwaltung zur Lösung der Konflikte nicht ausreichte, hat der Rat der Stadt 1973 die Sanierungskommission eingerichtet. Da haben wir zunächst befürchtet, daß uns das Wasser abgegraben werden sollte. Aber dann haben wir unsere Sitze eingenommen und die Sanierungskommission über Jahre hin zum wichtigsten Gremium der öffentlichen Auseinandersetzung über die Sanierung gemacht.
- Nach der Auflösung der Sanierungskommission (gegen unseren Willen) ist der 1981 eingerichtete Bezirksrat für uns ein schwaches Instrument der Bürgerbeteiligung. Wir können unsere Positionen und Forderungen dort nicht mehr selbst vertreten - so wenig wie der einzelne Stadtteilbewohner, der das in der Sanierungskommission konnte. Wir müssen heute den Weg über die Parteien gehen. Das gelingt uns immerhin ein Stück weit, weil zwei Bezirksratsherren seit Jahren ständige Mitarbeiter der Bürgerinitiative sind.
- Den Weg über die politischen Parteien haben wir auch früher schon genutzt: jahrelang waren die beiden von CDU und SPD bestellten Bürgervertreter im Bauausschuß des Rates Mitarbeiter in der Bürgerinitiative.
- Vertreter der Bürgerinitiative sitzen auch in der Wohnungsvergabekommision für Linden-Süd, wo es um die wichtige Frage der Erstbelegung von modernisierten und neugebauten städtischen Wohnungen geht.

- Partner der Zusammenarbeit sind für uns die Mitarbeiter der Gemeinwesenarbeit in Linden-Süd und der Anwaltsplaner, über den uns fachliche Planungskapazität zur Verfügung steht. Diese fachliche Unterstützung hat geholfen, unsere Arbeit zu stabilisieren und wirksamer zu machen.
 - Die Bürgerinitiative spricht in allen Arbeitszusammenhängen im Interesse des Stadtteiles; aber sie kann nicht stellvertretend für alle betroffenen Bürger, für jede Interessengruppe und jeden einzelnen Stadtbewohner sprechen - auch wenn wir in unserer Arbeit einem solchen Alleinvertretungsanspruch manchmal gefährlich nahegekommen sind.
- Daher ist den unmittelbaren Formen der Betroffenenbeteiligung (Blockversammlung, Anliegerversammlungen etc.) immer eine eigenständige Bedeutung zugemessen worden. Diese Formen hat die Bürgerinitiative unterstützt durch eigene Planungsvorschläge, durch aktive Teilnahme an solchen Versammlungen und manchmal dadurch, daß Betroffenengruppen zu gemeinsamen Sitzungen mit der Bürgerinitiative ins Bürgerhaus eingeladen wurden. Bei Bedarf wurde außerdem interessierten Gruppen (z.B. Spielplatzgruppen) die Arbeitskraft des Anwaltsplaners zur Verfügung gestellt.

WAS IST ERREICHT ?

Mit unserer kontinuierlichen Arbeit in unterschiedlichen Zusammenhängen und auf mehreren Ebenen haben wir eine weitgehende Beteiligung bei der Stadtteilsanierung erreicht - wenn auch die direkte Form, die spektakuläre Aktion, die mancher gefordert hat und andere Gruppen zeitweise praktiziert haben, nicht unser Weg war. Unser Schwerpunkt war und ist die ständige Diskussion und Auseinandersetzung mit der Verwaltung. Das umfaßt die großen Probleme und die kleinen, das Gesamtkonzept der Sanierung wie den täglichen Kleinkram der Sanierungsdurchführung. Dabei haben wir eine wirksame, weil ständige Kontrolle des Handelns der Verwaltung erreicht. Das ist für eine Sanierung von 15 Jahren Dauer vielleicht wichtiger als punktuell spontane Aktionen - wenn auch nach außen hin nicht so aufsehenerregend.



Wenn die Auseinandersetzung mit der Verwaltung nicht ausreichte, haben wir unsere Vorstellungen als entscheidbare Pläne und Konzepte in die politischen Gremien eingebracht. Dieser Weg hat wesentlich unseren Einfluß bei den politischen Gremien und bei der Verwaltung bestimmt.

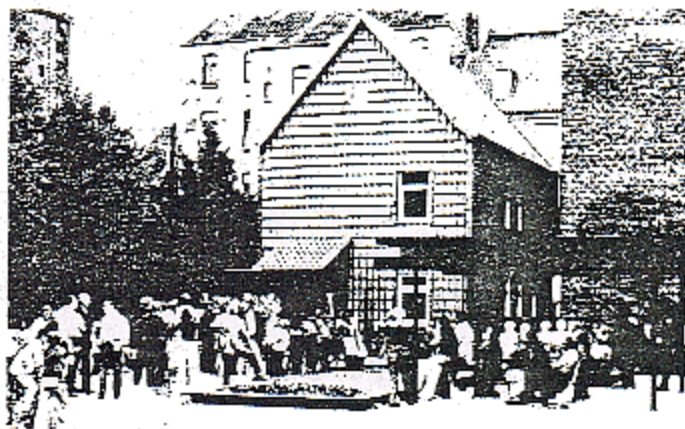
Schwieriger als bei den Verfahrensweisen ist bei den Sachfragen zu bestimmen, was wir erreicht haben. Die Bürgerinitiative macht ja keine eigene Sanierung; alle Maßnahmen führt letztlich die Verwaltung als Sanierungsträger durch. Die meisten Planungen und Maßnahmen stellen einen Kompromiß zwischen den Beteiligten dar; was ist unser Anteil daran?

- Einer der wichtigsten Erfolge in der Frühphase der Sanierung bestand darin, die undurchsichtige Abrißpolitik der Verwaltung zu stoppen. Nach der Hausbesetzung 1973 war kein Abriß eines Wohnhauses mehr möglich ohne Stellungnahme der Bürgerinitiative, ohne vorherige Zweckbestim-

mung des freigeräumten Grundstücks (im Prinzip unsere Forderung: "Kein Abriß ohne Neubau") und ohne Zustimmung des Verwaltungsausschusses. Damit konnte der Wohnungsbestand im Stadtteil im wesentlichen gehalten werden und "planerische" Abrisse sind weitgehend verhindert worden.

- Von großer Bedeutung waren die ausführlichen Sanierungsziele und der Rahmenplan der Bürgerinitiative. Mit diesem Konzept sind die ursprünglichen Sanierungsplanungen der Verwaltung, die den Stadtteil in seinen Grundzügen völlig umgekrempelt hätten, wesentlich verändert worden. Wir haben erreicht, daß die Grundgestalt von Linden-Süd erhalten blieb und damit auch eine Voraussetzung für den Erhalt von erheblich mehr Altbausubstanz gegeben war. Von heute aus gesehen, nimmt sich das bescheiden aus; in der Mitte der 70er Jahre war es ein großer Erfolg.
- Erfolgreich war auch unser Kampf gegen die ursprüngliche Verkehrsplanung, bei dem die Göttinger Straße und der Al-lerweg zulasten der Wohnbebauung großzügig ausgebaut werden sollten. Wir haben ein alternatives Verkehrsgutachten durchgesetzt und schließlich eine neue Planung erreicht, wenn diese auch noch nicht realisiert ist. Was dem Verkehr geopfert werden sollte, ist erhalten geblieben, modernisiert und heute wieder bewohnt.
- Es konnte viel mehr Altbausubstanz erhalten werden als vorher von der Verwaltung vorgesehen - und zwar zum erheblichen Teil im Stadtbesitz und damit den Spekulanten entzogen. Das hat wesentlich dazu beigetragen, daß im Stadtteil neben den Neubauten ein differenziertes Angebot an instandgesetztem und modernisiertem Wohnraum zu tragbaren Mieten vorhanden ist. Dadurch konnten gerade die am meisten verdrängungsgefährdeten, einkommenschwachen Bevölkerungsgruppen - zu denen viele alte Lindener zählen - im Stadtteil bleiben.
- Wir haben erreicht, daß das Altenpflegeheim im ehemaligen Godehardi-Stift mit einem Neubau im Stadtteil blieb; mit fast doppelt sovielen Plätzen als ursprünglich geplant, zugänglich für jeden pflegebedürftigen alten Lindener und mit Therapieeinrichtungen für alle Stadtbewohner.
- Durch den Erhalt des ehemaligen Godehardi-Stiftes am Al-lerweg und des Bürgerhauses konnten für die Aktivitäten unterschiedlicher Gruppen, für soziale und gemeinschaftliche Aufgaben Räume im Stadtteil zur Verfügung gestellt werden, die sonst nur ein Freizeitheim anbieten kann.
- Durch Spielplätze, Straßenumbauten und Verkehrsberuhigung steht der Lindener Bevölkerung mehr lebenswerter öffentlicher Raum zur Verfügung als je zuvor - und das im wesentlichen ohne den sonst üblichen Verdrängungs- und Aufwertungseffekt.

Das alles klingt schön - und das ist es auch, weil Linden-Süd wieder bewohnbar geworden ist. Aber wir sind uns auch bewußt, daß wir Fehler gemacht und Irrsümler begangen haben. Und durch unsere Beteiligung sind wir von der Verantwortung dafür nicht frei. Wir haben schwere interne Konflikte austragen müssen und manche Niederlage einstecken müssen. Die größte besteht wohl darin, daß wir die Entwicklung der Mietsteigerung beim sozialen Wohnungsbau falsch eingeschätzt haben - sonst stünde noch mancher Altbau anstelle eines Neubaus. Aber davon muß heute ja nicht die Rede sein.



WAS WIR NOCH FORDERN:

Unsere Arbeit kann noch nicht zuende sein, auch wenn die Sanierung bald abgeschlossen ist. Wir wollen noch lange den Stadtteilbewohnern mit Rat und Hilfe zur Verfügung stehen und müssen uns noch eine Weile mit der Verwaltung um die weiteren Maßnahmen streiten. - Vor allem aber haben wir noch Forderungen an die Stadt, die auch über die Sanierungszeit hinausreichen:

- Noch fehlen ergänzende Maßnahmen zu einer wirksamen Verkehrsberuhigung im Stadtteil; es fehlt dafür ein abschließendes Gesamtkonzept.
- Die Verkehrsprobleme an der Göttinger Straße und am Allerweg sind so ungelöst wie zu Sanierungsbeginn. Insbesondere für die Göttinger Straße ist der geplante Tunnelbau längst überfällig.

Vor allem aber müssen wichtige Ergebnisse der Sanierung langfristig gesichert werden:

- Die Sicherung des preiswerten Wohnraums bei der Reprivatisierung der städtischen Häuser.
- Der Schutz vor spekulativer Umwandlung der privaten Mietwohnungsbestände durch eine Erhaltungssatzung.
- Die Sicherung der Gemeinschaftseinrichtung Treffpunkt Allerweg und Bürgerhaus.
- Die Stellen der Gemeinwesenarbeiter auch über den Sanierungszeitraum hinaus.



▲ 1972: Vertreter der Bürgerinitiative übergeben dem Oberbürgermeister 2500 Unterschriften für ihre ersten Forderungen, die noch immer nicht alle erfüllt sind